

Posener Zeitung.
Achtzigster Jahrgang.

Achtzigster Jahrgang.

Donnerstag, 18. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Kestamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Mr. 43.

Das Abonnement auf dieses tägl. dreimal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bozen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 46 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

A m t l i c h e S.

Berlin, 17. Januar Der König hat dem bisherigen zweiten Bürgermeister der Stadt Potsdam, Gobbin, den Charakter als Geh. Reg.-Rath verliehen und in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Düsseldorf getroffenen Wahl den seitherigen Bürgermeister in Möln, Eduard Rauch, als befohlenen Beigeordneten der Stadt Düsseldorf für eine zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Dem ordentlichen Lehrer Dr. Focke am Gymnasium in Münster ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden. An dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Friedrichsbof ist der Rektor Grabowski zu Königs als erster Lehrer angestellt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 16. Jan. [Zur Verlegung des Etatsjahrs.] Nach § 1 des Gesetzes vom 23. v. Mts. betreffend die Feststellung des Staats-Haushalts-Etats des deutschen Reiches für das Vierte Jahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 tritt dieser Etat zum Reichshaushalts-Etat für das Jahr 1876 in den einzelnen Kapiteln und Titeln dergestalt hinzu, daß beide Etats zusammen die einheitliche Grundlage der Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs für den Zeitraum vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 bilden. Mit Rücksicht hierauf wird bei den Kassen der Reichsverwaltung für die ganze 15monatliche Rechnungsperiode nur ein Finalab- schluß stattfinden, welcher drei Monate nach dem gegenwärtig für den jährlichen Final-Abschluß bestehenden Termine erfolgt. Die Feststellung der Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern für die vor- gedachte Rechnungsperiode findet dagegen in der Art statt, daß die- selbe für das Jahr 1876 in der bisherigen Weise erfolgt, das heißt, daß die betreffende Uebersicht nur das 1. bis 4. Quartal 1876 umfaßt, die gedachten Zölle und Steuern für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 1877 aber besonders festgestellt werden. Statistische Uebersichten werden dagegen für den letztgedachten Zeitraum nicht besonders angefertigt.

Das neue Verzeichniß der Mitglieder des Abgeordnetenhauses enthält gegen das des vergangenen über hundert neue Namen. Darunter befinden sich 4 Staatsminister, Achenbach, Eulenburg, Falk und Friedenthal; und 3 Minister a. D., Bonin, Mannkeuffel und Windthorst; 18 Professoren, 7 Oeubtribunalräthe und 14 Kreisgerichts-Direktoren, 13 Regierungsräthe, 28 Landräthe, 56 Kreisgerichtsräthe, 3 Deconomieräthe, 11 Stadträthe, 2 Hofräthe, 1 Kommerzienrath, 1 Kommissionsrath und 1 Rammerrath, 7 Staatsanwälte und 19 Rechtsanwälte, 1 Gefandter, Graf Linburg-Strum aus Weimar; 2 Landesdirektoren, 4 Kammerherren, 1 Domherr, 1 Oberbergshauptmann und 3 Forstmeister, 40 Rittergutsbesitzer und 49 Gutsbesitzer, 18 Geistliche, 1 Konsul, 9 Fabrikbesitzer und 15 Kaufleute, 11 Gymnasialdirektoren und Lehrer, 1 Organist, 7 Schriftsteller, 1 Buchhändler, 10 Bürgermeister, 4 Mühlenbesitzer, 1 Ziegeleibesitzer, 1 Standesbeamter, 1 Posthalter, 1 Gastwirth und 18 Rentiers.

— Die preussischen Kreisbehörden u. s. w. sind auf höhere Anordnungen veranlaßt worden, die Ortsbehörden zu beauftragen, bezüglich der am 10. stattgehabten Reichstagswahlen zu ermitteln und den Landrathen schnelligst anzuzeigen, wie viele in den Wählerlisten verzeichneten Personen evangelisch, katholisch, jüdisch und dissidentisch sind. Die also gewonnenen Materialien sollen für die anzuwendende Wahlstatistik verwendet werden, zu welchem Zwecke der hiesige Magistrat gleich in die Hauptlisten einen entsprechenden Vermerk aufgenommen hatte. — In Folge von Ausschreitungen bei den Reichstagswahlen sind vielfache Denunziationen seitens der Wahlvorstände gegen einzelne zum Theil den unteren Ständen angehörige Personen eingegangen und zum Theil vom Magistrat an die Staatsanwaltschaft weiter befördert worden. In einem Bezirk wurde z. B. wie das „Tabl.“ meldet, die Wahlurne gewaltsam zeruntergerissen und eine größere Zahl von Zetteln von einem Individuum auf einmal hineingesteckt. In einem anderen Falle stimmte Einer für einen Anderen, obwohl dieser Andere zum Ueberflus sich dies ausdrücklich verboten. — Auch seitens der Wahlvorstände sind kleine Verstöße vorgekommen. So ist, wenn 2 oder 3 Zettel ineinandergegriffen unbemerkt hineingesteckt worden, nicht selten einer als gültig mitgezählt worden, während nach dem Wahlreglement alle 2 resp. 3 als ungültig verworfen werden mußten. Die vom Reichskanzleramt gelieferten Gegenlisten-Formulare erwiesen sich für den Gebrauch, sobald mehr wie 3 Wahlkandidaten vorhanden sind, als zu eng gedruckt.

— Nach dem Verwaltungsberichte der Generaldirektion der Seehandlung für 1875 hatten die Nachwehen der fieberhaften Spekulation, welche sich nach Beendigung des französischen Krieges alle Verfehrsgebiete bemächtigt hatte, noch nicht ihr Ende erreicht, sich vielmehr auch in dem dritten Jahre der Krisis empfindlicher als vorher fühlbar gemacht. Was nun die von der Seehandlung in Berlin unterhaltenen Leihämter betrifft, so ergibt der Bericht, daß die Voraussetzungen, wonach der Uebergang des Leihamts an die Stadt Berlin sich ohne Schwierigkeiten vollziehen werde, nachdem die städtischen Behörden nicht allein ihre prinzipielle Bereitwilligkeit zur Fortsetzung des Leihamtsbetriebes ausgesprochen hatten, sondern auch bereits über die wesentlichen Bedingungen der Uebernahme ein Einverständnis erzielt war, sich nicht verwirklicht hat. „Bei der Stadtverwaltung machte sich anscheinend zufolge Personenwechsels eine veränderte Stimmung geltend, welche dem früher eingenommenen Standpunkte von der Nothwendigkeit und dem Nutzen öffentlicher Leihanstalten direkt entgegengetrat. Ungeachtet lebhafter Gegenkündigungen aus Kreisen

der Bevölkerung, welche sich für den Fortbestand des Leihamts interessirten, gewann bei den städtischen Körperschaften die Ansicht die Oberhand, daß nicht allein finanzielle, sondern auch gewichtige wirtschaftliche Erwägungen der Erhaltung von Leihanstalten unter öffentlicher Autorität und aus öffentlichen Mitteln widersprächen. Die städtischen Behörden finden sich veranlaßt, von weiteren Verhandlungen wegen Uebernahme des Leihamts Abstand zu nehmen. Die Seehandlung kommt dadurch in die Lage, die in der Begründungs-Urkunde vorbehaltene Wiederauflösung des Leihamts nunmehr auf anderem Wege erstreben zu müssen, da es nicht Sache des Staats sein dürfte, für die berliner Bevölkerung ein Institut aufrecht zu erhalten, welches die städtischen Behörden selbst für gemeinschädlich erachten. Die wegen der Zeit und Art der Auflösung des Leihamts von der Seehandlung gestellten Anträge warten zur Zeit noch der instanzmäßigen Erledigung.“

— Wie die „*W. Z.*“ erfährt, stimmten in der Fortschritt = fraktion gegen die Resolution, wonach kein Abgeordneter Mit = glied der Fraktion im Abgeordnetenhaus sein könne, der nicht zugleich Mitglied der fortschrittlichen Fraktion im Reichstage sei, vierzehn derselben. — Auch die Fortschrittspartei beschäftigt sich jetzt auf das eifrigste mit der Agitation für die bevorstehenden St i c h w a h l e n. Eine am Montag berufene Versammlung von Wählern des zweiten Wahlkreises war so zahlreich besetzt, daß der Saal des Kafe Karls = bad bei weitem nicht alle die Erschienenen zu fassen vermochte. Nach = dem Abg. Knörke die Versammlung mit einer Ansprache eröffnet und die Fortschrittspartei aufgefördert hatte, in voller Einigkeit und Kraft einzutreten für den Mann, der soeben zum Vizepräsidenten des Ab = geordnetenhauses gewählt worden, sprachen noch die Abgeordneten Dr. Eberty und Dunder, worauf zur Besprechung der Organisations = frage übergegangen wurde.

— Das hiesige Bezirksverwaltungsgericht entschied in seiner ersten öffentlichen Sitzung am Sonnabend einige principiell nicht unwichtige Streiffragen. So wurde angenommen, daß Fuhrherren, welche ihre eigene Droschke führen, nicht auf Entziehung der Fahrtscheins als Kutscher angeklagt werden können, weil in dem Fahren einer Droschke ein Gewerbebetrieb, den das Verwaltungsgericht untersagen kann, nicht erblickt wurde. Eine weitere Entscheidung betraf den Rückkaufshandel, welcher in den beiden zur Entscheidung gelangenden Fällen als durchaus identisch mit dem Pfandleihergewerbe erachtet wurde, was zur Folge hat, daß Personen, welche wegen Vergehens gegen das Eigenthum bestraft sind, der Gewerbebetrieb eines Rückkaufhändlers untersagt werden kann. In der letzten Sache, welche zur Verhandlung kam, wurde die Frage entschieden, ob die Polizeistunde für Schankwirthse gegenüber der Gewerbeordnung noch in Recht besteht. Diese Frage wurde unter Bezugnahme auf § 365 des Reichs-Strafgesetzbuchs und einer Polizei-Verordnung von dem Jahre 1866 bejaht, auch die angefohrte Verfügung des Polizeipräsidenten, welches einem Schankwirthse die widerruflich ertheilte Erlaubniß, sein Lokal in der Zeit von 11 bis 1 Uhr Nachts offen zu halten, wieder entzogen hatte, nach der Beschaffenheit des Falls für gerechtfertigt erklärt.

— Wer Sachen, welche durch die ausländigen Behörden oder Beamte e g f a n d e t oder in B e s i z g a g e n o m m e n worden sind, fei-
ter C h e f r a u z u m E i n s c h l e i ß e n und zwar zu dem Zwecke, daß sie ge-
rade in der Zeit der Realisirung der Pfändung nicht aufgefunden
werden können, ist nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom
20. Dec. 1876 auf Grund des § 137 des Strafgesetzbuches mit G e-
f ä n g n i s b i s z u e i n e m J a h r e z u b e t r a f e n. Denn als ein „Entziehen
aus der Verstrickung“ im Sinne des § 137 des Str.=G.B. ist jede
freiwillige Handlung zu betrachten, durch welche die erfolgte Be-
schlagnahme als solche ganz oder theilweise, dauernd oder vorüber-
gehend vereitelt oder unwirksam gemacht wird.

Aus Pommern, 16. Januar. Nach der „N. Stett. Ztg.“ hat der Gemeindevorsteher Trestow in Schwesin bei Köslin folgenden, in mehr als einer Beziehung interessanten W a h l u f a s s erlassen:

„Es wird noch erinnert, daß am 10. d. M. die Reichstagswahl stattfindet und beginnt Vormittag um 10 Uhr und wird um 6 Uhr Nachmittag geschlossen; in den Stunden 'bat Jeder, der sich zur Wahl betheiligt, den Wahlzettel bei mir am Wahlstische abzugeben. Diejenigen, die noch keinen Wahlzettel von mir erhalten haben, die auf den Landrath v. Gerlach-Barfow lauten, können noch welche von mir erhalten. Die Wahlzettel, die ich aus meinen Händen verheißt habe, werde ich sehen, ob auch Gebrauch wird gemacht werden. Wahlvorsteher bin ich ernannt im Befürderungsfalle ist der Schöffe Rahow ernannt. Dieser Zettel ist schnell weiter zu befördern im unterlassen 3 Mart Strafe von legen an mich bis zu 10. d. M. zurück in unterlassen 2 Mart Strafe. Schweffin, den 7. Januar 1876. Der Gemeinde-Vorstand. Treptow.“

Hamburg, 15. Januar. Auf ein vom Senate an den Kaiser gerichtetes Beglückwünschungsschreiben zur Feier des 70jährigen Militärjubiläums ist die folgende Erwiderung an den Senatpräsidenten gerichtet:

Mit lebhafter Befriedigung habe Ich die Glückwünsche entgegen-
genommen, welche der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in
dem Schreiben vom 1. d. M. Mir aus Anlaß der Feier Meines
70jährigen Militärjubiläums dargebracht hat. Indem Ich Sie erjuche
dem Senate Meinen verbindlichen Dank für die Mir bewiesene
Theilnahme ausdrücken zu wollen, freut es Mich eine Gelegenheit zu
haben, um die Freie Stadt der Fortdauer Meiner Ihr gemieteten
freundschaftlichen Gesinnungen zu versichern.

Berlin, den 8. Januar 1877. Wilhelm.
An den Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg.

Perz, 12. Jan. Kossuth hat die Schleusen seiner Beredsamkeit wieder eröffnet und beinahe jede Woche bringt aus seiner Feder eine Rundgebung über die brennenden Tagesfragen; Minister-Präsident Tisza wird in den Manifesten Kossuth's als ein den wiener Mächten verfallener Politiker dargestellt, der sich um jeden Preis an seine Stelle kammere. Indem ersten Schreiben über die Orientfrage belobte Kossuth die Aeußerungen Sennhey's über die Orientfrage, während er in seinem heutigen Briefe an seine Wähler betreffs der **Bank-Angelegenheit** Lombay als rettendes Finanz-Genie den verblüfften Ungarn vorstellt. Charakteristisch für die Auffassung Kossuth's von der Aufgabe Ungarns in der Orientfrage ist z. B. nachfolgende Stelle des ersten Briefes:

„Darauf möchte ich aufmerksam machen, daß es Situationen gäbe in welchen der bloße Gehorsam keinen Erfolg bringt. — Auch im Jahr, 1859 hat man befohlen und auch im Jahre 1866 gebot man mit unbeschränkter Macht ungern — und es wurde auch Gehorsam geleistet, soviel man immer nur befehlen mochte. Aber die Mütter, die Töchter des Volkes riefen dem in die Schlacht ziehenden Krieger nach: „Galte ja nur das weiße Taschentuch bei der Hand!“ Und diese paar Worte führten den „Befehl bis nach Solferino bis nach Sabowa!“ — Wozu ist die Geschichte, wenn nicht zur Belehrung? Wenn aber der Krieg gegen Rußland nothwendig wäre, dann würden die von Vaterlands-
liebe erglühende heldenhafte Ehre der ungarischen Mütter nicht weiße Taschentücher auf ihren Bajonetten schwanken, sondern sie wür-
den, das „Sabot“ stehend mit in Balance gehaltener Waffe glorreich,
weil unerschütterlich, dem Kreuzfeuer der todspeienden Batterien ent-
gegenmarschiren — wie sie bei Solnos gethan. Schließlich ist ja doch
unter allen Ländern und Provinzen der Monarchie Ungarn die
„kompakteste Kraft.“ Es wird gut sein, das in Erwägung zu
ziehen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Briefe Kossuth's ein mächtiges Mittel bieten, um die Popularität des Ministerpräsidenten zu untergraben. Die Sennhey-Partei und die Anhänger Konhay's reiben sich freudlich die Hände und erzählen es ganz offen, daß die Somisch und Genossen, die Mitglieder der Regierungspartei sind, aber für persönliche Gegner des Ministerpräsidenten gelten, letzteren in der Bankfrage stürzen werden, indem sie jede Vereinbarung mit Oesterreich zurückweisen wollen, jedoch wenn Tisza gestürzt sein wird, sich mit Sennhey und Konhay fusioniren und dann jeder Vereinbarung ihre Zustimmung ertheilen werden. Das ist der Plan des Herrn Somisch, der als „Ministerrmacher“ bekannt ist und der so lange keine Ruhe zu geben entschlossen scheint, bis er selbst, mit Sennhey an der Spitze, Mitglied einer Regierung geworden ist.

Bern, 11. Jan. Von hier geht dem „*B. Landboten*“ über die, des Attentats auf den Sohn des Fürsten Gortschakoff schuldige, nummehr für wahnsinnig erklärte Russin *Dom browska* nachstehende nicht uninteressante Korrespondenz zu:

„Im Bahnhof unserer guten Stadt gab es gestern einen kleinen Zusammenlauf. Die unglückliche Russin Dombrowska, welche das fündliche Attentat auf den Fürsten Gortschakow begangen, wurde in ihre Heimath spedirt, um dort in einer Irrenanstalt, in Kasan, wie sie sagen, untergebracht zu werden. Dieses Kasan ist, wenn wir nicht irren, eine Festung und liegt weit in Rußland drinnen. Ein Blatt sagt zu der Auslieferung der Attentäterin: Der ewige Wahnwitz der Unglücklichen ist damit besiegelt — die Sorge übernimmt das russische Regiment. Ich weiß nicht, aber auch Ihrem Korrespondent hat sich so ein Gedanke aufgedrängt, als er gestern die arme Person, die übrigens nichts weniger als einen unglücklichen Eindruck macht, begleitet von 2 Wärterinnen u. 1 Polizeileutnant, die sie über Berlin u. Königsberg bis a die russische Grenze begleiten werden, sah. Zwar prahlt Rußland immer mit seiner Humanität, aber es will ihm doch Niemand Glauben schenken. Diese Dombrowska hat immerhin von dem mächtigen Carenreiche reben gemacht und nicht gerade in gutem Sinne. Ihr Buch: „Un des crimes du gouvernement russe“ hat zur Zeit einen namhaften Vertrieb gefunden. Wohl sagt man heute, das Ganze sei die Ausgeburt eines krankhaften Geistes, ja die russischen Behörden konnten nicht einmal den wahren Namen noch den Geburtsort der Dombrowska entdecken, trotz dem Ansuchen der schweizerischen Behörden. Es giebt eben Fälle, wo man etwas nicht entdecken will und wir wenigstens können heute noch nicht glauben, daß das Buch von A bis Z erfunden und Alles was darin steht, lediglich in dem Kopfe einer Wahnstinnigen entstanden. Die Verweisung der Dombrowska, als man ihr mittheilte, sie werde nun nach Rußland spedirt, soll, wie mir die betreffenden Persönlichkeiten mittheilten, eine grenzenlose gewesen sein. Ueberall hin, nach England, Frankreich oder Belgien sollte man sie schicken, nur nicht nach Rußland, habe sie gesagt. Glauben Sie, daß eine solche Furcht für nichts und wieder nichts entstehe? Ist es nicht bekannt, daß man sich in Petersburg selbst vor obnmächtigen Frauen fürchtet, haben wir nicht selbst die jüdische Unmoralitäts-affäre miterlebt? Ich will nicht weiter auf die traurige Geschichte eingehen, aber hier, ich muß es sagen, hat mich das gleiche peinigende Gefühl befallen, wie damals, als ich die Auslieferung Reichsacker's vernommen.

Paris, 15. Januar. Das „Journal de Debats“ bebauert bei Besprechung der künftigen pariser Weltausstellung die Nichttheiligung Deutschlands und erinnert dabei an die günstige Aufnahme, welcher die Idee im Anfang in verschiedenen Kreisen jenes Landes sich erfreut habe. Frankreich werde weder auf den Entschluß Deutschlands stolz, noch darüber böse sein; falls letzteres sich aber besser befinden und endgültig bestimmen sollte, würde man das Mögliche thun, um ihm immer noch den prächtigen Platz, der ihm bestimmt gewesen, einzuräumen.

„Nur Eines“, schreiben die „Debats“, „liegt uns am Herzen, wir möchten zeitig genug den schlimmen Deutungen zuvorkommen, die man unsern Gedanken in einer Weltausstellung zu geben sucht. Zuweilen hat man uns beschuldigt, unsere kiegerrischen Künstungen hinter friebliebenden Demonstrationen zu verbergen; ein ander Mal hat man uns vorgeworfen, Europa mit unserm Luxus und unserer Wohlfahrt demüthigen zu wollen. Dies ist reine Verleumdung. Wenn wir an Krieg dächten, würden wir unsere Mittel mit kostspieligen industriellen Festlichkeiten vergeuden? Nach unserm Unglück hatte sich ganz Europa eingebildet, wir würden uns in den Egoismus unserer Trauer und unserer Nachsicht einsperren. Da wir von der ganzen Welt im Stich gelassen worden, wären wir nicht berechtigt gewesen, die Interessen der ganzen Welt unserm Durste nach Vergeltung aufzuopfern? Im Ausland konnten wir aus allen Kräften die Slawen gegen die Deutschen aufbeizen, die Fortschritte des Panlawismus begünstigen, allen Eroberungsplänen blindlings die Hand bieten, so viel wie möglich das Feuer der religiösen Streitigkeiten bei unsern Siegern anzuführen, um jeden Preis die ultramontanen Leidenschaften uns zum Alirten machen; während wir im Inneren unsere liberalen Hoffnungen, unsere industriellen Fortschritte aufgeschoben, hätten wir uns den reaktionären Parteien preisgegeben und in einer starken Konzentrirung der Staatsgewalt einen Zuwachs von Macht und eine rasche Entwicklung der kriegerrischen Energie gesucht. Diejenigen, welche den Prosech des Grafen v. Arum aufmerksam durchlesen haben, wissen, daß Fürst Bismarck von unserer Seite ein Vernehmen befürchtete, welches allerdings für Europa eine wahre Gefahr werden konnte. Statt dessen hat Frankreich, nach einigem leicht erklärlichen Schwanken, an die

edlen Ueberlieferungen seiner Geschichte wieder angeknüpft. Dem Ausland gegenüber in Folge seiner Niederlagen waffenlos, hat es nichts desto weniger bei allen internationalen Krisen, wobei es Zuschauer war, die Haltung friedlicher Neutralität, die seinen uneigennütigen Bestrebungen geizig, zu handhaben genügt. Zu gleicher Zeit nahm es zu Hause die Veruche zur konstitutionellen Organisation der Demokratie wieder auf, und bemühte sich, Licht zu verbreiten über die großartigen politischen und sozialen Probleme, von deren Lösung die Zukunft der modernen Welt abhängt. In wenigen Jahren hat es einen Theil seiner geistigen und materiellen Reichthümer wieder erworben. Da schien ihm, der Augenblick sei gekommen, Europa zu zeigen, was es gethan, was es zu thun noch habe, die Arbeiten, welchen es seine Thätigkeit gewidmet, die Ideen, welche seinen Geist in Anspruch nehmen, und deren Beschaffenheit eine Bürgschaft ist für seine friedlichen Vorsätze. Daher der Gedanke einer Weltausstellung.

London. Der kolossale Monolith, den der Vizekönig von Egypten der englischen Regierung geschenkt hat, bekannt unter dem Namen „Die Nadel der Kleopatra“, soll nach langem Aufschub nun doch seine Verewbung finden. Bisher wurde seine Ueberführung nach England als Unmöglichkeit bezeichnet. Vor Kurzem berichtete ein hiesiges Blatt, daß ein Mittel zur Bewerthstellung des Transports entdeckt worden sei, und nunmehr ist dasselbe wirklich zur Ausführung gekommen. Die „Nadel“ — ein Obelisk aus dem 16. Jahrhundert vor Christus — wird derart in Bretter und andere leichte, schwimmfähige Umhüllung verpackt, daß sie flüßbar wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie auf den Themse-Quai oder in der neuen Straße, welche von diesem nach dem Trafalgar Square führt, Aufstellung finden. Die Kosten sollen dem Anschlag nach auf nicht mehr als 7—8000 £ zu stehen kommen. — Zu dem beabsichtigten Bau einer Musterstadt „Hygeia“ an der süsseren Küste hat sich ein wesentliches Hinderniß eingestellt. Die Gesellschaft ist da, auch das Geld ist erlangbar, aber der Erfinder, Dr. Richardson, lehnt die Vetheiligung ab, weil er seine ausgebreitete ärztliche Praxis hier in London nicht aufgeben will.

Petersburg. Die im „Regierungsanzeiger“ enthaltene Darstellung der Sanitätsverhältnisse in der mobilen Armee lautet wörtlich:

„Nach den vorliegenden offiziellen Nachrichten ist der Gesundheitszustand der in Bessarabien und zum Theil im Gouvernement Bodoien konzentrierten Truppen der aktiven Armee vorzüglich. Epidemische Krankheiten herrschen gar nicht; der Prozentsatz der in den Divisionen Erkrankten schwankt zwischen 0,75 pCt. und 2 pCt. und beträgt im Ganzen weniger als 1 pCt. Die Zahl der Kranken in den Hospitälern und Lazarethen beläuft sich auf 1,451 Personen, was weniger als 0,75 pCt. des Bestandes der aktiven Armee ausmacht. Von den Erkrankten leiden von 1000 Personen: an den Augen und am Fieber 170, an Syphilis 140, an katarrhalischen Krankheiten 90, an Typhus gegen 30 und anderen Krankheiten 20. Der Rest laborirt an zufälligen Krankheiten, wie sie beständig unter den Truppen vorkommen. Die unbedeutende Zahl der Kranken macht es der Feldverwaltung der Armee möglich, sich bezüglich der lokalen Militär-Medicinaleinrichtungen einzuschränken; so sind denn auch nur einige Abtheilungen der temporären Militärhospitäler bei der Armee eröffnet worden. Der, trotz der rauen klimatischen Verhältnisse, ausgezeichnete Gesundheitszustand der Truppen ist vorzugsweise durch die Maßregeln zu erklären, welche zur Erhaltung der Gesundheit der unteren Chargen ergriffen worden sind. Warme Kleidung, gekochte Speisen in größerer Menge, Branntweinrationen, die zeitweise durch Thee ersetzt wurden, gemäßigte Uebungen und Märsche trugen zum guten Gesundheitszustand der Truppen bei, die in engen Räumen, dazu während der ungünstigen Jahreszeit, untergebracht sind. Unter die Truppen sind die „Instruktionen zur Erhaltung der Gesundheit der Truppen der aktiven Armee“ vertheilt worden.

Wie man der „Pol. Korr.“ berichtet, sind demnächst zwei wichtige Verordnungen zu gewärtigen. Die eine betrifft eine Reform der Beförderungsvorschriften, welche besonders die Beschränkung des Verkehres der Sozialisten mit dem Auslande bezweckt. Die andere Verordnung bestell bei den Gerichtshöfen im Weichsel-Gouvernement eine große Anzahl beiderseitiger Dolmetscher der russischen und polnischen Sprache. Alle polnischen Aktenstücke und die bei den mündlichen Verhandlungen in polnischer Sprache gemachten Aussagen müssen ins Russische übersetzt werden. Für diese Thätigkeit werden nun besondere Beamte angestellt werden.

M.-K. Warschau, 15. Januar. [Zustände in Finnland.] Am 23. Januar wird der Landtag des Großfürstenthums Finnland durch den Grafen Adlerberg im Namen des Kaisers eröffnet werden. Aus diesem Anlasse gestatten Sie mir ein paar Worte über dies wenig beachtete, aber sich stetig entwickelnde Ländchen. Dasselbe besitzt auf 6800 Quadratmeilen 1,880,000 Bewohner. Die Verfassung ist gleich der alten schwedischen eine ständische. Es giebt 4 Stände, auf welche sich das Wahlrecht wie folgt vertheilt: 2954 Edelleute, 7152 Geistliche und Gelehrte (Lehrer), 25,314 Bürger und 1,524,733 Bauern. Somit erstreckt sich auf 88 pCt. der Bevölkerung das Recht der Vertretung im Landtage. Von den 67,500,000 Morgen urbaren Landes sind mehr als die Hälfte, nämlich 37 Millionen, im Besitze der Bauern, 27 Millionen gehören dem Adel, 1,380,000 den Beamten, 1,100,000 den Städten und endlich 14,000 sind Gut der orthodoxen Kirche.

M.-K. Warschau, 16. Januar. [Antwort des „Golos“ auf die Beschuldigung der „Times“. Kaiserliche Anerkennung. Angriff der russischen „Börsezeitung“ gegen den Freihandel. Auktionierung von Kirchen-gütern. Vorschlag für Privat-Angestellte. Ein neues Drama.] Die „Times“ hat sich bekanntlich den ernstgemeinten Scherz erlaubt, Rußland für den unergiebigen Verlauf der Konferenzen verantwortlich zu machen wegen — seines Mangels an Energie! Ein Blatt, wie der „Golos“, welches eben dabei war, die Ursachen jener Erfolglosigkeit einfach mit der Verschiebung und dem Doppelspiel der Herren Salisbury und Elliot und nebenbei auch mit der Zurückhaltung Oesterreichs zu begründen, konnte durch nichts mehr aufgebracht werden, als durch ein solches Fächerstückchen des britischen Organes. Er sagt: Dies ist ziemlich geschickt; man hat offenbar das Gefühl, daß man die Politik Derby's und Disraeli's, welche die Lösung der Frage so verworren gemacht hat, entschuldigen müsse und dazu sucht man sich so drollige Gründe. Allein das schlaue Manöver wird nicht gelingen. Rußland gab seine Zustimmung zur Konferenz nur, um seinen Entschluß, den Balkankrisen Hilfe zu bringen, vor dem Verdachte des Eigennutzes zu schützen, sein Programm aber stand ebenso fest, als es Jedermann klar war. Es wünschte die Erzwingung gewisser Konzeptionen durch Okkupation der insurgierten Gebiete, dieser energische, den Erfolg verbürgende Plan wurde aber von England durchkreuzt und dies Land hat somit in erster Reihe die bisherige Resultatlosigkeit zu verantworten. Mifflingt das Bestreben der Konferenz, so hat Rußland völlig freie Hand zum Handeln ohne Rücksicht auf die westliche Diplomatie und seine Entschlüsse werden — vielleicht zur Ueberraschung und Befehung der

„Times“ — im richtigen Augenblicke der vermischten „Energie“ nicht entbehren. — Den Kommandirenden und Divisionsgeneralen sowie einigen Behörden ist die kaiserliche Anerkennung für die glänzende Leistung bei der Mobilmachung ausgesprochen worden. — Die russische „Börsezeitung“ brachte in einer ihrer letzten Nummern einen gegen die Freihandelsbestrebungen im deutschen Reichstage gerichteten Artikel, welche sie als das Bestreben unwillkürlicher Massen, den Einzelnen zu bereichern, charakterisirt. Mit Genauigkeit konstatiert das Blatt, daß beinahe in der ganzen Welt die schützamerikanischen Anschauungen Raum gewinnen. Sordbarer Weise schreibt der Artikel auch die wirtschaftliche Krise in Deutschland lediglich dem Freihandel zu. — Ob da nicht die Kürlich von der „N. A. Z.“ ausgesprochenen Hoffnungen auf einen Umschwung in der Handelspolitik eitel Illusionen sind? — Auch in Warschau steht eine Auktion ehemaliger Kirchengüter bevor. Der Termin ist auf den 6. Februar anberaumt; nur russisch-orthodoxe und protestantische, inländische Bieter werden zugelassen. — Ein warschauer Bürger hat in hochherziger Weise mit der Gabe von 50,000 Rubeln die Initiative zur Begründung einer Vorschulklasse für Privat-Angestellte ergriffen. — Das neueste Drama des polnischen Dichters Słowski, unter dem Titel „Wahrheit gut, Glück besser“ hat in Petersburg sehr gefallen. Der Verfasser wurde 10 Mal gerufen.

Tokales und Provinzielles.

Posen, 18. Januar.

r. Der Entwurf des Haushalts-Etats für die städtische Verwaltung pro 1. April 1877 bis 31. März 1878 liegt gegenwärtig (vom 17.—25. d. M.) gemäß der Städteordnung auf dem Rathhause öffentlich aus. Danach ist die Kommunal-Einkommensteuer mit 390,000 M. (gegen 320,000 M. pro 1876/77), die Schlachtsteuer mit 225,000 M. (gegen 220,000 M. pro 1876/77), die Einnahme aus dem Reichs-Invalidenfonds mit 400,000 M. (gegen 600,000 M. pro 1876/77) angesetzt. Der Räumereikassen-Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 1,432,917 M. (gegen 1,392,503 M. pro 1876/77). Was die einzelnen Positionen betrifft, so ist vornehmlich hervorzuheben, daß das Gehaltsminimum für die jüngsten Lehrer von bisher 900 auf 1050 M. erhöht ist, während der Wohnungsgeldzuschuß (150 M.) derselbe geblieben ist; das Gehaltsminimum für die definitiv angestellten Lehrer ist von 975 auf 1125 erhöht, der Wohnungsgeldzuschuß (225 M.) derselbe geblieben. — Der Entwurf des Haushalts-Etats für die städtische Verwaltung kommt in der Stadtverordneten-Versammlung während des nächsten Monats zur Verathung.

r. Auf der Wallfischel, wo bekanntlich im Laufe des vergangenen Jahres mehrere gefährliche Brände stattgefunden haben, zu deren Verhütung die Feuerlösch-Mannschaften aus den Stadttheilen links von der Warthe wegen der Entfernung stets etwas spät eintreffen, soll in ähnlicher Weise, wie dies bereits vor mehreren Jahren auf der Schrodka geschehen ist, eine besondere Feuerwehr eingerichtet werden, die ihren eigenen Wasserwagen nebst Spritze und anderen Feuerlösch-utensilien erhält und darauf angewiesen sein wird, bei dort ausbrechenden Bränden vornehmlich im Verein mit der Feuerwehr auf der Schrodka sofort gemeinsam zu wirken. Natürlich würde dies Verhältniß nicht ausschließen, daß auch die Rettungsmannschaften aus dem Stadttheile links von der Warthe, die natürlich stets etwas später auf dem Platze erscheinen, bei der Löschung von Bränden dort mitwirken. Die Leitung der einrichtenden Feuerwehr wird den Herren Kaufmann Mon dre und Gelbiggermeister Dierski übertragen werden; die Feuerlöschgeräte sollen in der Remise neben dem Schlesinger'schen Grundstück untergebracht werden.

r. In Betr. der Deichanlagen, welche am rechten Warthe-Ufer innerhalb der Gemarkungen Neuhäus-Haund, Neuhäus-Dorf, Dominium Neuhäus, Schweißert-Dorf, Schweinert-Alb-Bau, Dominium Schweinert und Schweinert-Haund (Kr. Birnbaum) errichtet worden sind, hat die königliche Regierung, nachdem es sich beim Hochwasser des Frühjahr 1876 als nothwendig herausgestellt hat, diese Anlagen durch eine gemeinsame Vorrichtung zu schützen, unter dem 8. d. M. auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 eine Polizeiverordnung erlassen, nach welcher zu obigem Behufe ein Deichschlammgebilde wird, welches aus 6 von den Deich-Interessenten zu wählenden Personen mit einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter besteht; dasselbe hat die Aufgabe, die Zuwiderhandlungen gegen die für die obigen Deichanlagen bereits bestehende Polizeiverordnung vom 2. Februar 1875 zu kontrolliren und zur Anzeige zu bringen, sowie alle nöthigen Reparaturen an den Deichen und deren Anlagen, sowie die Vertheilung von Wasserregulirungsanlagen und zu leisten. Diese Bestimmungen, sowie die übrigen Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 2. Februar 1875 bleiben bis zur Emanation des Deich-Statuts in Kraft.

z. Trübsal. 11. Januar. [Böthlicher Todesfall.] Vorgestern wurde der hiesigen Polizeibehörde die Mittheilung gemacht, daß in der Nähe von Naklettel-Fischer eine männliche Leiche aus dem Oberrusse gezogen hätten. Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist dies die Leiche des am Dienstag Abend verstorbenen Bürgers und Eigenthümers Samuel Röhr von hier gewesen. Röhr war am vergangenen Dienstag mit seiner Frau nach Benischen gegangen, um von den in seinem dortigen Hause wohnenden Miethe zu Neujahr fällig gemordene Miethe einzuliefern. Auf dem Nachhausewege, den sie ungefähr um Sonnenuntergang antraten, erkrankte sie der an diesem Abend sehr heftige Sturm und der 75 Jahre alte Mann, der ohnedem auch in der letzten Zeit nicht ganz gesund gewesen sein soll, ward schwach und setzte sich, um auszurufen, im Walde etwas nieder. Seine Frau, mit welcher er nicht im besten Einvernehmen lebte, und welche mindestens 20 Jahre jünger und noch sehr rüftig ist, verließ hier nach ihrer Aussage den Kranken und ging ruhig nach Hause. Am nächsten Morgen schloß sie auffallend lange, so daß die Nachbarn erst wecken und an ihre Pflicht, ihren Mann zu suchen, erinnern mußten. Sie ließ hierauf jedoch nur etwa 2 Kilometer hinter die Stadt und kam unerrückter Eade bald wieder zurück. Am Donnerstag schickte sie ihren Sohn aus um seinen Stiefvater zu suchen und erst am Freitag machte sie auf wiederholtes Drängen von Bekannten der Polizeibehörde Anzeige vom dem Verschwinden ihres Mannes. In Folge dieses sonderbaren Benehmens der Frau und der ungläublichen Thatsache gegenüber, daß der alte kränkliche Mann aus Versehen oder Absicht in den mehr als 800 Schritt von der Straße entfernten Fluß gelaufen sein könne, wurden hier über den Tod des Röhr allerhand Vermuthungen ausgesprochen, die der Behörde Veranlassung gegeben haben, eine Untersuchung über die Todesursache desselben einzuleiten. Wie ich höre, sind bereits Zeugen vernommen worden, welche bekunden sollen, wie der Verstorbene mit seiner Frau gelebt hat. Auch spricht man davon, daß die Leiche, die noch nicht beerdigt ist, morgen feiert werden soll. Bereits gestern war der Staatsanwalt aus Weieritz hier anwesend, um sich an Ort und Stelle über die Sache zu informieren.

Schweren, 14. Januar. [Darlehn-Kassen-Verein.] In der gestern im hiesigen Rathhause stattgehabten Generalversammlung des hiesigen Darlehn-Kassen-Vereins stattete der Vorsitzende Gutsherr Herrmann den Jahres- und Rechenschafts-Bericht über den Geschäftsbetrieb des Vereins vom verflossenen Jahre ab, aus welchem zu entnehmen war, daß der Verein im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 178,712 M. gemacht hat und daß von den gewonnenen Zinseneinnahmen eine Dividende von 10 pCt.

auf die Einlagen der Mitglieder zur Vertheilung kommt. Der Rechnungsabluß ergab als Aktiva und Passiva 22,264 M. 64 Pf., ferner daß die baaren Einlagen der Mitglieder sich auf 9122 M. 78 Pf. belaufen und daß der Reservefonds bereits ein Kapital von 1578 M. 89 Pf. besitzt. Der günstige Kassenabluß veranlaßte die Versammlung, ein Unterstützungsgesuch für die von Feuersbrunst im vorigen Jahre so stark heimgesuchten Einwohner der Stadt Brudenau in Batern mit 30 Mark zu berücksichtigen. Der umfichtigen Verwaltung des Direktoriums ist es zu verdanken, daß der Verein, trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse, keinen Schaden erlitten hat.

E. Egin, 17. Januar. [Ein staats-treuer Geistlicher.] Unter der katholischen Bevölkerung unserer Stadt herrscht heute große Aufregung, da der Hilfsgeistliche des hiesigen Propstes Nowack heute früh, ohne daß die Parochianen eine Ahnung davon hatten, nach Obornitz übergeleitet ist, wo derselbe vom Staate die dortige Propststelle, die tgl. Patronats ist, übernommen hat. Schon längst konnten offene Augen merken, daß dieser Geistliche nicht zu den rentirenden Seelsorgern gehörte und eine ihm vom Staate angetragene Pfarre nicht verschmähen würde.

n. Gieschen, 17. Januar. [Musikalisch-theatralische Aufführung.] Zum Besten des hiesigen Vaterländischen Frauen-Zweig-Vereins und der Ueberschwemmten in der Mogat-Niederung findet Sonntag, den 21. d. M., im Saal-Theater des Hotel de l'Europe von Mitgliedern der Ressource eine öffentliche musikalisch-theatralische Aufführung statt.

Aus dem Gerichtssaal.

Bromberg, 17. Jan. [Der pieranier Kirchen-tumultus-Prozess], welcher am 11. und 12. Juli v. J. dem damals hier tagenden Schwurgerichte zur Verhandlung kam, ein trauriges Nachspiel erhalten, denn heute wurden von dem hier tagenden Schwurgerichte zwei Personen, der 66 Jahre alte Wirthschaftsbeamte Anton Synoradzki aus Masewice und der frühere Wirthschaftsinспектор Kenigskryszewski aus Inowrazlaw, ersterer wegen wissentlichen Meineides und letzterer wegen Verleitung zu demselben zu je einem Jahre Zuchthaus verurtheilt. Der Sachverhalt, welcher der Anklage zu Grunde gelegen hat, folgender: In der Untersuchungssache betreffend den Kirchentumult in Pieranie war von der hiesigen Staatsanwaltschaft nach Erhebung der Anklage auf Grund nachträglicher Ermittlungen noch die Verladung eines Zeugen und des Wirthschafters Synoradzki beantragt und hierbei folgendes Verweisthema formulirt worden: Am ersten Pfingstfeiertage 1876 habe sich Synoradzki an der von Masewice nach Pieranie führenden Straße aufgestellt und die auf dem Wege nach Pieranie begriffenen Kirchgänger vom Besuche des Gottesdienstes durch theils abgehalten, theils abzuhalten versucht, daß er denselben vorstelle, der von Propst Brenk abgehaltene Gottesdienst sei nicht gültig, er habe hierbei im Auftrage des Wirthschafts-Inспекtors Kryszewski gehandelt. Während der Zeuge bekundete, daß ihm allerdings bekannt geworden sei, daß Synoradzki sich am ersten Pfingstfeiertage auf der von Masewice nach Pieranie führenden Straße aufgestellt und die Kirchgänger von dem Besuche der Kirche in Pieranie abgehalten habe, bestritt dagegen Synoradzki dies vollständig und behauptete, sich auf seine körperliche Gebrechlichkeit berufend, daß er physisch gar nicht im Stande gewesen wäre, den ihm angetrauten Wadtdienst stehend auf der Straße auszuüben.

Als am zweiten Sitzungstage (12. Juli pr.) zur Vernehmung der Zeugen geschritten werden sollte, meldete sich der Propst Brenk nochmals zum Worte und hob hervor, daß ihm zuverlässige Mittheilungen von der Nichtigkeit der von Synoradzki bestrittenen Thatsachen gemacht worden seien, und er daher annehmen müsse, daß Synoradzki im Begriff sei, einen Meineid zu leisten. Dies gab der nochmaligen Vernehmung des Synoradzki Veranlassung. Dieser leugnete nach wie vor die Nichtigkeit der ihm vorgehaltenen Thatsachen selbst dem mit ihm vernommenen Zeugen gegenüber, dem Synoradzki dieselben mitgeteilt, und bekräftigte seine Angabe mit dem Zeugeneide. Durch vernommene Zeugen ist nun nachträglich festgestellt worden, daß der damals in Stotniki als Wirthschafts-Inспектор fungierende Kryszewski, der zweite Angeklagte, Sonnabend Abend vor Pfingsten nach Masewice geritten ist und mit Synoradzki Rücksprache genommen hat, daß darauf Synoradzki noch an demselben Abend die vom Felde zurückkehrenden Dienstleute um sich versammelt und denselben den Besuch der Kirche in Pieranie während der Pfingstfeiertage untersagt und hierbei ausdrücklich erklärt hat, daß er dieses auf Veranlassung des Inспекtors Kryszewski thue, welcher ein gleiches Verbot an die Dienstleute in Stotniki erlassen habe. Es ist ferner festgestellt worden, daß Synoradzki in der That sich auf dem oben bezeichneten Wege aufgestellt und die Kirche in Pieranie besuchenden Personen von dem Besuche der Kirche abgehalten zurückgewiesen habe. — Es ist dies nach Behauptung der Anklage unter dem Einflusse des Kryszewski geschehen, gegen den auch der dingende Verdict vorliegt, daß Synoradzki zur Verweigerung seiner Thätigkeit bei seiner Vernehmung also zur Ablegung eines falschen Zeugnisses, durch Kryszewski überredet worden ist. Synoradzki gab dies in der heutigen Verhandlung selbst zu, indem er Aeußerungen, die Kryszewski gegen ihn gemacht, zur Kenntniß des Schwurgerichts brachte. Kryszewski hat ferner nach dem Inhalt der Anklage den Kirchentumult in Pieranie insofern vorbereitet, als er kurz vor dem Pfingstfeste unter der ländlichen Bevölkerung die Parole, daß die Kirche in Pieranie verlassen werden sollte, sobald der Propst Brenk sich an der Abfertigung betheiligen würde, ausgegeben hat. — Die beiden Angeklagten bekennen sich zwar für nichtschuldig. Die Beweisnahme bestätigte indes die Anklage und nach erfolgter Vernehmung der Schuldsfrage durch die Geschworenen, erfolgte die Verurtheilung.

[Studenten-duelle vor Gericht.] Vor der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts zu Berlin wurde am 15. d. M. gegen den stud. jur. Verthold und den Akademiker Schmidt eine Angeklagte wegen Zweikampfes verhandelt. Nur der Erstere war im Termin erschienen, gegen den Anderen wurde in contumaciam verhandelt. Bei einem im April v. J. auf dem Spandauer Bod bei Berlin abgehaltenen Kommers geriethen die Angeklagten in Differenzen, in Folge deren Schmidt, der sich von Verthold beleidigt glaubte, diesen fordern ließ. Man kam überein, daß das Duell mit gezogenen Pistolen und 15 Schritts Barriere stattfinden sollte. Demgemäß kamen die beiden Gegner in der Frühe des 13. April nebst ihren Sekundanten und einem Arzte an einer vorher bestimmten Stelle des Grunewald zusammen, um ihren Streuß auszufechten; Schmidt schoß zuerst und traf den Verthold am rechten Schlüsselbein, dieser dagegen fehlte. Zur Heilung der Wunde bedurfte es etwa drei Wochen. Da die Angeklagten bereits in der Voruntersuchung sich über die genannten Details hinreichend ausgelassen und der im Termine anwesende Verthold dabei verblieb, so bedurfte es keiner Beweisaufnahme. Der Gerichtshof verurtheilte beide Angeklagte nach dem Antrage des Staatsanwalts zum niedrigsten Strafmaß von je drei Monaten Festungshaft.

In der Sitzung der Berufungskammer des Obergerichts zu Göttingen vom 10. d. M. wurde die Berufung des Studenten W. gegen ein Urtheil der Strafkammer, welches denselben wegen Zweikampfes zu einer dreimonatlichen Festungshaft verurtheilte, einfach verworfen, damit auch in dieser höheren Instanz angenommen, daß Schläger von der hier fraglichen Art und Beschaffenheit als tödtliche Waffe anzusehen und den Zweikampf mit solchen unter die Strafbestimmungen des § 205 des Reichsstrafgesetzbuches falle.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Das Anlagkapital und die Ueberschüsse der preussischen Staatsbahnen. In dem Etat der Eisenbahnverwaltungen

